

Von Weimar nach Dresden?

Perspektiven

Antifaschismus wird eine Wiederholung von 1933 nicht verhindern. Es kommt darauf an, aktuelle Probleme zu lösen.

VON BERT PAMPEL

Das Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl, insbesondere in Sachsen, weckt bei vielen unguete Erinnerungen. Bei der Reichstagswahl im September 1930 war die NSDAP mit mehr als 18 Prozent zweitstärkste Kraft geworden. Drei Monate zuvor hatte sie bei den Landtagswahlen in Sachsen 15 Prozent geholt. Kann man aus dem Aufstieg der NSDAP etwas für den Umgang mit der AfD oder darüber, wie eine Wiederholung der Geschichte vermieden werden kann, lernen?

NSDAP und AfD sind nicht identisch, 2017 ist auch nicht 1930 – doch gibt es Ähnlichkeiten. Zunächst aber fallen Unterschiede ins Auge: In der NSDAP spielte Hitler als charismatischer Führer eine zentrale Rolle, etwas Vergleichbares ist bei der AfD nicht in Sicht. Gegen die uniformierten NSDAP-Abgeordneten im Reichstag wirken die für die AfD in den Bundestag eingezogenen Richter, Polizisten, Mittelständler und Wirtschaftswissenschaftler bieder. Wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung, wie Lebenskampftheorie, Antisemitismus und Antibolschewismus, finden in der AfD weder programmatisch noch personell Entsprechung. Sie ist keine Weltanschauungspartei, die eine grundsätzliche Umwälzung des politischen Systems anstrebt.

Gewisse Übereinstimmung zu den Nazis, aber auch zu demokratischen Konservativen, gibt es in der Ablehnung von Multikulturalität und Internationalismus sowie in der Präferenz für kulturelle Homogenität und für den Nationalstaat. Nicht „Deutschland über alles“, wohl aber „Deutschland zuerst“. Teile der AfD beanspruchen unter der Losung „Wir sind das Volk“, dessen „wahre Interessenvertreter“ zu sein. Populistisch wie die NSDAP ist die AfD in ihrer Stoßrichtung gegen das Establishment, vor allem gegen politische Eliten und gegen die Medien. Diese sind in den Augen der Populisten Marionetten, sei es des „Weltjudentums“, des internationalen Finanzkapitals oder der Vereinigten Staaten von Amerika.

Wie die NSDAP ist die AfD mehr als eine Partei, sie ist eine populistische Bewegung. Auch ihre Wähler stammen aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung. Auf junge Menschen übt sie jedoch keine vergleichbare Attraktivität wie die NSDAP aus. Der Aufstieg der AfD basiert, wie alle Wählerfolge von Populisten, auf Defiziten der aktuellen Politik, auf „Nase-Voll“-Wählern.

Eine vergleichbar desolante Lage wie 1930 gibt es heute freilich nicht. Auf den verlorenen Ersten Weltkrieg folgten der Verlust großer Teile des Staatsgebietes und



Wenn links und rechts Radikalisierung und Konfrontation zunehmen, drohen schlimmstenfalls Straßenschlachten, warnt unser Gastautor. Die Aufnahme von 1927 zeigt Angehörige des Roten Frontkämpferbundes im Gerangel mit der Berliner Polizei. Foto: Ullstein Bild

die Hyperinflation. Aus dem Börsenkrach von 1929 resultierte eine Arbeitslosenquote von über 30 Prozent. Not und Elend waren für Millionen Menschen alltäglich. Heute geht es den meisten Deutschen wirtschaftlich gut, und so ist es weniger soziale Unsicherheit, die Populismus nährt, auch wenn sich viele derjenigen, „die schon länger hier leben“, zunehmend fragen, warum sie Hunderte Milliarden für Integration und Existenzsicherung von Zugewanderten und Geflüchteten zahlen sollen. Es sind auch nicht Forderungen einzelner AfD-Politiker nach einer erinnerungspolitischen Wende bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die entscheidend sind. Es sind – wie 1930, aber auf anderem Niveau – das Versagen des Staates in zentralen Funktionen und die Unzufriedenheit mit der Problemlösungsfähigkeit der etablierten Politik.

Dieses Staatsversagen ist für viele längst kein bloßes Gefühl mehr. Eine Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen zu den Leistungen von Viertklässlern hat gerade erneut den dramatischen Verlust der Leistungsfähigkeit des staatlichen Bildungssystems bestätigt. Die Vereinigung Berliner Staatsanwälte kritisierte jüngst, ein funktionierendes Rechtssystem sei in der Bundeshauptstadt nicht mehr vorhanden. Der Staat kann die Unversehrtheit seiner Bürger und den Schutz ihres Eigentums immer weniger gewährleisten. Beamte warnen vor einer Unterwanderung der Berliner Polizei durch arabische Clans. Bereits die Abschaffung des Grenzregimes

im Zuge der EU-Osterweiterung war mit einer Zunahme der Kriminalität verbunden. Wundert es da, dass die AfD nach der Grenzöffnung 2015 ihre größten Erfolge in der Oberlausitz und in der Sächsischen Schweiz erzielte? Hinzu kommen Entscheidungen zur Euro-Rettung und zur Einwanderung, bei denen die Politik Recht überdehnt, wenn nicht gar gebrochen hat.

Während sich eine Mehrheit in den westlichen Metropolregionen anscheinend an muslimische Parallelgesellschaften gewöhnt hat, werden diese Zustände in der ostdeutschen Provinz als abschreckend empfunden. Reden und Taten des Establishments verstärken für viele den Eindruck, der politischen Elite wären Migranten, gleichgeschlechtliche Ehe, Genderdiskurs und Insektensterben wichtiger als die Bedürfnisse der durchschnittlichen Deutschen. Ähnlich wie 1930, als Deutschland durch den Versailler und andere Verträge nur beschränkte Souveränität besaß, wird deutsche Außenpolitik auch heute, zum Beispiel gegenüber Russland, als fremdbestimmt empfunden. Die unterschiedlichen politischen Reaktionen auf reale US-Abhörpraktiken einerseits sowie auf behauptete Einflussnahme Russlands auf Wahlen im Westen andererseits scheinen die eingeschränkte deutsche Souveränität zu belegen.

Andauernde Problemlösungsdefizite demokratischer Regierungen bei gleichzeitiger Verunglimpfung von legitimen Problemanzeigen, Lebensfremdheit der Eliten, Angst vor realen und vermeintlichen Bedrohungen sowie als einseitig empfundene Medien sind der Nährboden für

den Populismus. Wer ihm Paroli bieten will, muss ihm diese Nährstoffe entziehen. Man bekämpft ihn nicht, indem die AfD als neue NSDAP gebrandmarkt wird oder indem man durch Geschäftsordnungstricks ihre parlamentarische und öffentliche Ausstrahlung einzuschränken sucht.

Die größte Gefahr droht der Demokratie nicht von der AfD, sondern von einem „Weiter so“, das früher oder später in gesellschaftliche Desintegration, Staatskollaps und Unregierbarkeit sowie darauf folgend in eine autoritäre „Wiederherstellung von Recht und Ordnung“ unter Opferung der Freiheit münden könnte. Gefahr droht durch die weitere Einwanderung von Millionen Menschen, die weder unsere Sprache sprechen noch unsere kulturellen, religiösen und politischen Überzeugungen teilen. Antisemitismus, autoritäre Einstellungen, Fundamentalismus und Ablehnung von demokratischen Grundrechten sind bei Migranten aus dem islamischen Kulturkreis tief verwurzelt.

Gefahr droht mehr noch als 2008 durch einen Zusammenbruch der Finanzmärkte, der – wie Anfang der 30er-Jahre – in eine langjährige wirtschaftliche Depression übergeht und zu zunehmender sozialer Unsicherheit führt. Die Zutaten dafür – eine globale Schuldenkrise, eine spekulative „Blase“ in den meisten Vermögenswerten, Nullzinsen und ein wackliges Bankensystem – sind heute mehr denn je angerichtet. Gefahr droht, wenn legitime politische Überzeugungen und Meinungsäußerungen als rassistisch, fremdenfeindlich oder „fake news“ aus dem öffentlichen Diskurs und aus den sozialen Medien ausgegrenzt werden. Gefahr droht, dass der Konservatismus in einer sich zuspitzenden Krisensituation rechts weiter erodiert und dass die Linke sich unter einer alten KPD-Lösung wie „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ weiter radikalisiert. Konfrontation und Polarisierung könnten auf die Straße getragen werden und schlimmstenfalls in bürgerkriegsähnliche Zustände münden. Auch diese würden jedoch vor allem den Ruf nach Ordnung und starker Führung, nach mehr Sicherheit unter Einschränkung der Freiheit lauter werden lassen.

Dieses Szenario mag man für Schwarzseherei halten, die Zukunft ist offen. Die Vergangenheit gibt keine eindeutigen Antworten auf unsere Fragen an die Gegenwart. So viel aber scheint gewiss: Um der Verführungskraft falscher Rezepte zu widerstehen, bleiben bei aller Beschäftigung mit der Geschichte positive Erfahrungen mit Demokratie und individueller Freiheit bei der Lösung aktueller Probleme entscheidend.

Unser Autor



■ Dr. Bert Pampel ist Politikwissenschaftler und stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.
■ Unter dem Titel **Perspektiven** veröffentlicht die SZ kontroverse Texte, die Denkanstöße geben und zur Diskussion anregen sollen.

Die größte Gefahr droht der Demokratie nicht von der AfD, sondern von einem „Weiter so“.

Rummel um das Buch der Bücher

Für 500 Millionen Dollar entstand in Washington ein Bibel-Museum, das jede Menge Kritiker hat.

VON KONRAD EGE

Beliebte Anlaufstellen für Touristen in der US-Hauptstadt Washington sind das Raumfahrtmuseum, das Indianermuseum und die Nationale Kunstgalerie. Jetzt kommt ein Bibelmuseum hinzu. Der Initiator und Financier des Projekts, der evange-

likalkonservative Steve Green, wolle mit dem „Museum of the Bible“ die Bibel seinen Landsleuten näherbringen, sagt der Sammlungsleiter, der deutsche Theologe David Trobisch. Doch die 500 Millionen US-Dollar teure Einrichtung ist umstritten: Kritiker befürchten eine religiöse Einflussnahme auf die amerikanische Politik. Am Freitag öffnet das Museum in Laufweite von Capitol und Weißem Haus erstmals seine Bronzetore.

Besucher bekommen Fragmente von Schriftrollen vom Toten Meer, Evangeliumsbücher aus Äthiopien und Bibeln aus

vielen Jahrhunderten zu sehen. Eine Ausstellung zeigt, wie Nazareth zu Jesu Lebzeiten ausgesehen haben mag. Im Hintergrund blöken Schafe. Das Restaurant auf der sechsten Etage heißt „Manna“, benannt nach dem Brot, das die Israeliten auf ihrer 40-jährigen Wanderschaft durch die Wüste aßen. Das Café trägt den Namen „Milch und Honig“, in den Fahrstühlen läuft orientalisches klingende Musik.

Auf 40000 Quadratmetern Ausstellungsfläche geht es im Museum um die Geschichte der Bibel, die vielen Übersetzungen, den Einfluss des Buches auf die USA

und weltweit – selbst auf Justizvollzug und Mode. Designer Gianni Versace habe sich von biblischer Kunst im Byzantinischen Reich inspirieren lassen, heißt es.

Das Bibelmuseum wurde schon während des Bauphase hinterfragt. Nicht zuletzt, weil der Hauptgeldgeber die konservative evangelikale Unternehmerfamilie Green aus Oklahoma ist. Ob man denn wirklich ein christliches Museum ganz in der Nähe des US-Capitols brauche? Für Museumsinitiator Steve Green ist die Antwort klar: 95 Prozent aller Amerikaner hätten eine Bibel zu Hause, sagt er. Die Bibel werde

geliebt. Zur Standortwahl sagt Green, Erhebungen hätten gezeigt, dass das Bibelmuseum in der Hauptstadt höhere Besucherzahlen erwarten dürfe als anderswo.

Die Familie Green ist bekannt für ihre außerordentliche Sammlung antiker Stücke. Seit 2009 kauft Steve Green, dessen Familienvermögen auf rund fünf Milliarden US-Dollar geschätzt wird, teils sehr seltene und wertvolle biblische Artefakte. Kritiker werfen den Greens vor, manche Artefakte unrechtmäßig erworben zu haben, bei anderen Stücken der Sammlung soll es sich um Fälschungen handeln. (epd)

SARRASANI TROCADERO

ELEMENTS III

24.11.2017 - 04.02.2018 | ELBEPARK DRESDEN

NEUE DINNERSHOW | NEUES MENÜ | NEUER PLATZ

ACHTUNG!

Die ersten Shows sind bereits ausverkauft.

www.sarrasani.de | 0351 - 646 50 56